

Unterstützung für Singles
Zwei Luzerner Agenturen helfen beim Verkuppeln. 23

Willisauer Meisterfeier
Die Luzerner Ringer siegen im Final gegen Freiamt. 31

Knappe FCL-Niederlage
Der FC Luzern unterliegt den Berner Young Boys 2:3. 36

Heute hat das Wohncenter von 8 bis 17 Uhr offen.
Am 8.12. an Maria Empfängnis sind wir von 9 bis 18.30 Uhr für Sie da.



WOHNCENTER EMMEN
MEHR ZUM LEBEN.

Luzerner Zeitung



Kanye West
Der Rapper und seine Frau Kim Kardashian engagieren den Bündner Architekten Olgiati. 16

Montag, 7. Dezember 2020

AZ 6002 Luzern | Nr. 283 | Fr. 3.50 | © 4.- luzernerzeitung.ch

Schweizer UNO-Taktik unter Druck

Der Vorwurf hat es in sich: Die Schweiz enthält sich der Stimme, weil sie in den Sicherheitsrat will.

Othmar von Matt

Die Schweiz kandidiert für den UNO-Sicherheitsrat. Mit dem Slogan «A Plus for Peace» haben Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Aussenminister Ignazio Cassis ihre Kandidatur am 29. Oktober in New York virtuell den Vertreterinnen und Vertretern aller UNO-Missionen vorgestellt. Die Kandidatur für das wichtigste Entscheidungsgremium der Vereinten

Nationen gilt für die Jahre 2023 und 2024. Einzig Malta hat neben der Schweiz für die Wahl im Juni 2022 sein Interesse angemeldet.

Calmy-Rey: «Schweiz will niemanden verärgern»

Die Kandidatur hat innenpolitisch sämtliche Hürden übersprungen. Der Nationalrat lehnte in diesem Frühling eine SVP-Motion, welche die Pläne stoppen wollte, mit 127 zu 52 Stimmen

ab. Doch nun wächst Kritik am Stimmverhalten der Schweiz in der UNO-Generalversammlung. Alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wirft der Schweiz Opportunismus vor. «Die Schweiz will mit ihrer Aussenpolitik ja niemanden verärgern», sagt sie.

So hat sich die Schweiz jüngst bei kniffligen Fragen in den UNO-Gremien ihrer Stimme enthalten. Etwa, als es um den Mord an Journalist Jamal Khashoggi und die Verantwortung Saudi-Ara-

biens ging oder um den Atomwaffen-sperrvertrag. Auch CVP-Nationalrätin Marianne Binder kritisiert, die Schweiz enthalte sich in vielen UNO-Abstimmungen oder stimme «gegen eigene Werte». Entscheide sie so, weil sie in den Sicherheitsrat wolle, sei das «besonders heikel». Binder hat ein Postulat zum Thema eingereicht. Darin fordert sie mehr Klarheit darüber, wie die Position der Schweiz zustande kommt. *Kommentar 5. Spalte* 5

Kommentar

Schweiz und Uno: Mehr Transparenz

Die Schweiz kandidiert für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat in den Jahren 2023/24. Im Frühling lehnte der Nationalrat einen letzten Versuch der SVP ab, die Kandidatur zu stoppen. Die Wahl findet 2022 statt – und die Chancen der Schweiz stehen sehr gut. Bis heute gibt es nur zwei Kandidaten für die zwei Sitze der Gruppe «West-europa und andere»: Malta und die Schweiz. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga malte die Präsenz im Uno-Sicherheitsrat in rosigen Farben, als sie im Oktober an einer Medienkonferenz mit Aussenminister Ignazio Cassis die Kampagne der Schweiz eröffnete. «Die Schweiz wird Position beziehen, wenn sie im Uno-Sicherheitsrat abstimmt», sagte sie.

Nur: Wird sie das wirklich? Recherchen zeigen: Die Schweiz enthält sich an der Uno-Generalversammlung lieber oder stimmt sogar gegen ihre eigenen Werte ab, als dass sie in Kauf nimmt, andere Staaten zu vergraulen. Wie etwa Saudi-Arabien. Es steht sogar der Verdacht im Raum, die Schweiz wolle sich mit diesem Vorgehen die Stimmen sichern für die Wahl. Wer nach welchen Kriterien entscheidet, wie die Schweiz stimmt, ist selbst dem Parlament nicht klar. «Es ist wichtig, dass die Kandidatur in unserem Land von einer breiten Unterstützung profitiert», sagte Bundespräsidentin Sommaruga an der Medienkonferenz. Nimmt die Regierung diese Worte ernst, muss sie eine Transparenz-Offensive starten. Sonst verkommt die Kampagne für den Uno-Sicherheitsrat zu einer reinen Prestigeübung für die politische Elite.

Zu lange Wartezeit bei Psychiatern

Kanton Luzern Bei 42 von 67 Fachärzten, welche der Vereinigung der Luzerner Psychiaterinnen und Psychiatern angehören, ist kein einziger Termin mehr frei. In einem aktuellen Bericht des Kantons Luzern ist bei den Kinder- und Jugendpsychiatern sogar von einem Notstand die Rede. Lange Wartezeiten gibt es zudem in den Ambulatorien der Luzerner Psychiatrie.

Im Bericht schlägt der Kanton nun diverse Massnahmen vor, um die Situation zu entschärfen. Dazu zählen ein neues Kriseninterventionszentrum und eine bessere Kostendeckung durch den Kanton im ambulanten Bereich. Der Bericht befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Der Luzerner Kantonsrat wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2021 darüber befinden. (avd) 2/19

Skigebiete beklagen Ungleichbehandlung

Zentralschweiz Nach dem Entscheid des Bundesrats herrscht in Sachen Skifahren über Weihnachten nun Klarheit. Doch die beschlossenen Massnahmen stossen in Zentralschweizer Skigebieten auf Kritik. Kontrovers diskutiert wird vor allem die Kapazitätsbeschränkung für Bergbahnen. René Koller, Direktor der Bergbahnen Sörenberg, kann nicht verstehen, weshalb am Berg strengere Regeln gelten als für Busse oder Züge. «Wenn die Leute mit dem ÖV zu uns fahren, sind sie dicht gedrängt in Zug und Postauto. Und hier dürfen sie dann nur zu viert in die Gondelbahn», sagt er. Ähnlich sieht dies Daniel Dommann, Geschäftsführer der Melchsee-Frutt: Es werde offenbar mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Wegen der Massnahmen hat Dommann bereits mehr Personal eingestellt. (czg/irk) 25

Er will die VBL aus der Krise führen



Der neue Verwaltungsratspräsident der VBL: Renzo Simoni (59).

Bild: Pius Amrein (Luzern, 4. Dezember 2020)

Verwaltungsrat Seit fast zwei Wochen ist Renzo Simoni Verwaltungsratspräsident der Verkehrsbetriebe Luzern (VBL). Im Interview mit unserer Zeitung erklärt der 59-jährige seine Strategie, wie er das Unternehmen aus der Krise führen möchte. Zur Erinnerung: Den VBL wird vorgeworfen, Subventionen in der Höhe von 16,1 Millionen

Franken nicht richtig verbucht zu haben. Drei Verwaltungsratsmitglieder sind daraufhin zurückgetreten.

Nun möchte Renzo Simoni zunächst eine Auslegeordnung erstellen. Auch Gespräche mit dem Verkehrsverbund Luzern, dem Bund und der Stadt seien bereits geplant. «Mir geht es darum, das zerbrochene Geschirr aufzu-

lesen, damit man wieder barfuss auf dem Boden gehen kann», sagt Simoni. Ob die VBL die 16 Millionen Franken zurückerzahlen werden, könne er noch nicht sagen. «Bis ein Entscheid zur Rückzahlung vorliegt, wird es noch eine Weile dauern.» Nicht ausschliessen möchte der Zürcher, den Betrag herunterzuhandeln. (sma/jon) 21



Othmar von Matt
othmar.vonmatt@chmedia.ch

ANZEIGE

Luzerner Zeitung

Kennt Sie schon unseren Newsletter «Zentralschweiz am Morgen»? Jetzt abonnieren unter abo.luzernerzeitung.ch/newsletter



Inhalt
Agenda 28/29

Dichter 8
Forum 24

Piazza 16-18
Ratgeber 15

Rätsel 14
Todesanzeigen 11

TV/Radio 12/13
Wetter 15

Internet www.luzernerzeitung.ch Redaktion 041 429 5151, redaktion@luzernerzeitung.ch Abonnemente 041 429 53 53, leserservice@luzernerzeitung.ch Inserate 041 429 52 52, inserate-lzmedien@chmedia.ch